

## **Ulrike Lunacek im Gespräch mit Studierenden der Internationalen Entwicklung der Universität Wien**

Ulrike Lunacek ist seit 1999 Nationalratsabgeordnete der Grünen. Sie ist für Außen- und Entwicklungspolitik sowie für die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen und Transgenderpersonen zuständig. Sie ist Obfrau der Frauensolidarität, bei der sie seit 1984 mitarbeitet. Einer Einladung der Studierenden der Internationale Entwicklung folgend, war sie am 24. April 2002 am Institut für Afrikanistik der Universität Wien zu Gast. Hier ein Auszug aus dem Gespräch.<sup>60</sup>

*Der österreichische Nationalrat beschloß mit den Regierungsparteien ÖVP und FPÖ Anfang 2002 ein neues Gesetz über die Entwicklungszusammenarbeit. Die Grünen stimmten diesem Gesetz nicht zu.*

„Entwicklungszusammenarbeit ist ein wichtiger Teil der österreichischen Beziehungen zu den Entwicklungsländern, hat jedoch - auch vom budgetären Volumen her - einen geringen Stellenwert. Österreichs Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas weisen ein viel größeres Finanzvolumen auf. Die Kontrollbank gibt Garantien für die Finanzierung von Projekten - manche sinnvoll, andere weniger - wobei aber die Kriterien der Entwicklungspolitik, wie sie etwa im neuen Entwicklungszusammenarbeitsgesetz stehen, nicht wirklich Beachtung finden. Die für Entwicklungszusammenarbeit zuständige Sektion VII im Außenministerium hat zwar einen beratenden Sitz im zuständigen Gremium der Kontrollbank, wird jedoch erst ganz am Schluß des Prozesses eingebunden.

Es gibt einen ziemlichen Handlungsbedarf zur Verbesserung der Kohärenz, damit die Beziehungen eines Staates wie Österreich zu den Entwicklungsländern nach gewissen Kriterien funktionieren. Auch in der EU geht es darum, dass z.B. sinnvolle Projekte im Bereich der Bildung, des Gesundheitswesens und der Frauenförderung unterstützt werden, dass aber gleichzeitig über die

---

<sup>60</sup> Ausgewählt von der Redaktion

Wirtschaftsbeziehungen diese Bemühungen in den Ländern wieder konterkariert werden. Kritik an Firmen, die mit Hilfe der Exportförderung Aktivitäten setzen, die nicht wirklich im Sinne einer nachhaltigen, ökologisch- und sozial gerechten Wirtschaftspolitik stehen, trifft dann auf Aussagen von Seiten der Bundesregierung (im konkreten Fall Staatssekretär Finz in einem entwicklungspolitischen Unterausschuß im Parlament im Frühling 2002) wie „ja, aber Österreichs Wohlstand ist auf den Export aufgebaut, und Entwicklungshilfekriterien können nicht den Export behindern“.

Oder das aktuelle Beispiel der Tätigkeiten des österreichischen Erdölkonzerns OMV im Sudan. Über die ÖIAG<sup>61</sup> hat die Republik noch 35% Anteile an der OMV, was für die österreichische Politik mit ein Grund sein sollte, die Tätigkeit der OMV im Bürgerkriegsgebiet genau unter die Lupe zu nehmen. Dass in diesem Gebiet Menschen vertrieben werden - von Regierungs- wie auch Rebellentruppen - war bis Ende 2001 für das Konsortium, in dessen Rahmen die OMV aktiv ist, kein Grund, die Explorationsarbeiten einzustellen. Erst als ein Mitarbeiter bei einem Schusswechsel verletzt und ein zweiter getötet worden war, wurden im Jänner 2002 die Arbeiten vorübergehend eingestellt.

Für mich ist der Begriff der Entwicklungspolitik ein viel breiterer, der die gesamten Beziehungen Österreichs zu den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas umfaßt. Eine der Forderungen, die die Grünen an das neue Entwicklungszusammenarbeitsgesetz stellten, war, dass die Koordinationskompetenz für das Außenministerium so im Gesetz verankert wird, dass sie auch umgesetzt werden kann. Das neue Gesetz formuliert zwar, dass das Außenministerium diese Koordinationskompetenz hat, dass sozusagen alles, was der Bund in Beziehung zu Entwicklungsländern macht, nach den Kriterien der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit funktionieren muß; das Problem ist jedoch, dass es dafür im Außenamt und besonders in der Sektion VII niemanden gibt, der das beobachtet, überprüft, evaluiert; dass dafür weder personelle noch finanzielle Ressourcen vorgesehen sind. Das war einer der Gründe, warum die Grünen diesem neuen Gesetz nicht zugestimmt haben.

Der zweite war das Budget: Die Misere der österreichischen Entwicklungsbudgets hat des öfteren für heftige Diskussionen sowohl im Unterausschuss, als auch im Außenpolitischen Ausschuss und dann in Plenum gesorgt, weil

---

<sup>61</sup> Österreichische Industrieholding Aktiengesellschaft

sowohl die SPÖ als auch die Grünen darauf hinwiesen, dass schon 1970 die UNO dieses „berühmt-berüchtigte“ Ziel festgehalten hat, nach dem 0,7% des Bruttosozialproduktes für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben werden sollen. Österreich hat irgendwann in den 80er Jahren einmal 0,33% erreicht, aber sonst liegen wir immer im unteren Feld, sind Schlusslicht oder gerade Vorletzte: im Jahr 2000 werden es 0,21%, für 2001 streiten derzeit Finanzministerium und Außenamt, ob es 0,19% oder 0,22% sind. Irgendwann werden wir erfahren, wie wenig es jetzt tatsächlich ist. Es ist eine beschämende Tatsache, dass eines der reichsten Länder der Erde es nicht geschafft hat - weder unter den früheren noch unter der jetzigen Regierung -, diese Mittel zu erhöhen, um auf einen Prozentsatz zu kommen, der einem Land mit dem Bruttosozialprodukt Österreichs gerecht wird. Diese UNO-Verpflichtung ist völkerrechtlich bindend, aber leider nicht mit Sanktionen versehen. Es ist einfach inakzeptabel, vor allem, wenn man es mit Ländern wie den Niederlanden oder Dänemark vergleicht, die seit Jahren dieses 0,7%-Ziel erreichen. In den Niederlanden wurde das z.B. so geregelt, dass die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit genau in jenem Ausmaß erhöht wurden, in dem das Wirtschaftswachstum stieg: wenn die Wirtschaft so und soviel wächst, dann bedeutet dies einen Zuwachs des nationalen Einkommens und das sollte auch den Mitteln für die Entwicklungspolitik zugute kommen. Als die Niederlande vor einigen Jahren 0,8% erreichten, wurde ein Einfrieren der Beträge auf dieser Höhe beschlossen. Warum können wir es nicht auch in Österreich so machen? Das Mindeste, das wir von der österreichischen Bundesregierung verlangten, war, einen Zeitplan für die Erreichung dieses Zieles vorzulegen. Am liebsten wäre uns eine gesetzliche Regelung gewesen, aber das, wurde uns immer wieder erklärt, macht niemand. In keinem Land gäbe es ein Gesetz, das genaue Beträge festlegt. Obwohl so ein Gesetz mit einfacher Mehrheit wieder abzuändern wäre. Für mich war es nicht einsichtig, warum es nach 30 Jahren nicht möglich sein sollte, in ein Gesetz hineinzuschreiben, dass wir – etwa bis 2010 – vor haben, die 0,7% zu erreichen. Ich bin ja schon bescheidener geworden, einen Zeitplan bis 2010 hätten wir schon akzeptiert - aber nicht einmal das war möglich. Nicht einmal einem Entschließungsantrag, der die Erstellung eines derartigen Zeitplanes bis 2010 zum Ziel hatte, erteilten die Regierungsparteien ihre Zustimmung. Nein, nichts war möglich.

Das waren die zwei Hauptgründe, warum die Grünen diesem Gesetz nicht zugestimmt haben.

Ein weiterer Punkt war, dass die Forschungs- und Dokumentationszentren nicht ausdrücklich drinnen stehen. Wir haben es zwar geschafft, die Bildungsarbeit hineinzureklamieren, denn zuerst hieß es, nur Öffentlichkeitsarbeit. Für Menschen wie mich, die wir aus diesem Bereich kommen, waren hier schon große Bedenken da. Im letzten und vorletzten Jahr gab es zum Beispiel diese große Kampagne von Seiten des Außenamtes. Mit Fernsehspots, in denen als Alternativen für Kinder „Kindersoldat oder Lehrling, Bordell oder Schule“ aufgezeigt wurden, sollte Verständnis und Unterstützung für die Entwicklungszusammenarbeit gewonnen werden. Diese Kampagne hat ungefähr 5 Millionen Schilling gekostet. Vorher hatte es in Gesprächen mit der Außenministerin immer wieder geheißen, die NGOs hätten früher viel mehr machen und eine viel breitere Öffentlichkeit erreichen können. Aber 5 Millionen Schilling hat keine der Organisationen, die ich kenne, jemals für eine Kampagne erhalten.

Im Gesetz gab es anfänglich nur den Begriff „Öffentlichkeitsarbeit“. Wir haben gesagt, also gut, wenn es so aussieht, dann kriegt die PR-Agentur XY<sup>62</sup> den Auftrag, irgendeine Kampagne zu machen, damit halt mehr Österreicher und Österreicherinnen ein wenig mehr informiert werden. Wenn man jedoch wirklich Menschen erreichen will, die dann auch bereit sind, dieses Thema weiter zu betreuen - diese nachhaltige Bewußtseinsbildung erreicht man nicht nur mit einer PR-Kampagne. Dies mag ein notwendiger Teil sein in unserer heutigen Welt, aber wichtig ist die Arbeit in den Schulen, an den Universitäten. Uns ist es dann gelungen, die Bildungsarbeit hineinzureklamieren, wobei Forschungs- und Dokumentationszentren lt. Ministerin eingeschlossen sind.“

*Vom 20. bis 25 März 2002 fand in Monterrey, Mexiko, die UNO-Konferenz „Financing for Development“ statt. Ulrike Lunacek hat als einzige österreichische Abgeordnete an der Konferenz teilgenommen.*

„Nur durch die Einrechnung von Entschuldungsmaßnahmen, die Österreich schon lange zugesagt hat, soll 2003 das Budget für Entwicklungszusammen-

---

<sup>62</sup> Anmerkung der Redaktion: BmaA - Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ist Kunde der Agentur Trimedia Communications Austria, die auch die OMV betreut.

arbeit 0,35% des BIP erreichen. Noch ist nicht klar, ob die OECD diese Anrechnung akzeptieren wird. Es wird nicht mehr Geld geben, es werden einfach nominell 0,35% sein. Ich bin jedoch was die zukünftige tatsächliche Steigerung des EZA-Budgets betrifft, zuversichtlich - auch wenn es die jetzige Regierung nach der nächsten Wahl immer noch geben sollte. Schließlich haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union beim EU-Rat in Barcelona<sup>63</sup> beschlossen, bis 2006 einen Durchschnitt von 0,39% des BIP zu erreichen. Derzeit liegt der EU- Durchschnitt, der allerdings durch die Länder, die 0,7% oder 0,8% zahlen, hochgedrückt wird, bei 0,33%.

Das ist um einiges mehr als das, was die USA bei der UNO-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Monterrey zugesagt haben. Das war wirklich ein Schauspiel! Eine Dynamik, wo ich sage, gut, die Vereinigten Staaten sind wahnsinnig gut darin, sich selbst zu verkaufen und zu vermarkten. Und auch wenn sie nicht wirklich viel Substanzielles machen, dann wird es groß mit Hochglanzbroschüren und Pressekonferenzen kundgetan. US-Präsident Bush kam nach Monterrey und wußte, dass er irgendwas anbieten mußte, ganz mit leeren Händen - es ging schließlich dort um Finanzierung von Entwicklung - konnte er nicht kommen. Er kündigte also an, dass die USA ihr Budget über die nächsten drei Jahre um 50% erhöhen werden, was im Jahr 2006 einer Erhöhung von jährlich 5 Milliarden Dollar gleichkommen soll. Mit einem Betrag von nur 0,1% des BIP stehen die USA seit Jahren an der letzten Stelle der Industrieländer, in den letzten 15 Jahren wurde nichts erhöht. Wenn man wenig zahlt, sind 50% mehr natürlich sehr viel, oder es schaut zumindest sehr viel aus. Und sie haben das in einer Form dort präsentiert ... das war wirklich ein Schauspiel!

Im Gegensatz dazu nahm sich die Präsentation des EU-Beschlusses von Barcelona anfänglich ziemlich jämmerlich aus. Erst nach drei Tagen kündigte die spanische Präsidentschaft mit Entwicklungszusammenarbeits-Kommissar Nilsen gemeinsam in einer Pressekonferenz an, dass die EU „20 Milliarden Euro mehr bis 2006 zahlen wird!“ Natürlich bleibt die Frage offen, wofür diese Gelder genau ausgegeben werden und welche Bedingungen an ihre Aus-

---

<sup>63</sup> 15. bis 16. März 2002

zahlung geknüpft werden. Dennoch: die Europäische Union wird ihre Beiträge um dreimal so viel erhöhen wie die USA.

Bei einer Pressekonferenz des stellvertretenden Ministers für Wirtschaft, Handel und Landwirtschaft des US-Außenministeriums, Alan Larson, haben die Anwesenden vor allem gefragt, welches Land wie viel und wofür bekommen soll. Auch ich habe mich - als Parlamentarierin - zu Wort gemeldet und gefragt, bis wann die Vereinigten Staaten vorhaben, die 0,7% zu erreichen, wo sie ja derzeit bei 0,1% stehen und die Europäische Union im Vergleich so viel mehr zahlt. Larson schien einigermaßen genervt von dieser Frage, und sagte, das sei hier kein Schönheitswettbewerb, und diese Vergleiche würden nicht gelten!

Natürlich sind die Zusagen von EU und USA immer noch viel zu wenig, um bis 2015 die von UNO-Generalsekretär Kofi Annan angekündigten Millenniumsziele erreichen zu können. Aber vor der Konferenz war nicht einmal klar, ob es überhaupt mehr Geld geben werde. Bei aller Kritik: Es ist das erste Mal, dass auf EU-Ebene eine verbindliche Vergabe von Geldmitteln für Entwicklungspolitik beschlossen wurde. Bisher gab es keine gemeinsamen Entscheidungen zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Rat, die die einzelnen Mitgliedsländer bindet. Finanzminister Grasser hat entsprechend lange für seine Zusage gebraucht. Dass sie zustande gekommen ist, ist tatsächlich etwas substanziell Neues.“

*Diese Vereinbarungen bedeuten, dass jede zukünftige Bundesregierung zu einer Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit verpflichtet ist.*

„Das heißt für Österreich, dass bis 2006 0,33% erreicht werden müssen - ungefähr 4 bis 5 Milliarden Schilling (ca. €290 bis 360 Mio.) mehr pro Jahr. Das ist schon ein Betrag. Wenn wir bisher bei 6 Milliarden Schilling gestanden sind, ist das schon um einiges mehr. Natürlich wird die Frage zu stellen sein, wofür das ausgegeben wird, und wer dieses Geld verwenden wird. Derzeit gibt es die dafür nötigen Strukturen in Österreich weder im Außenamt noch bei den NGOs in genügendem Ausmaß. Bei der derzeitigen Debatte über die Schaffung einer möglichen Agentur wird von manchen Seiten auch an eine stärkere Einbeziehung der Wirtschaft gedacht. Hier ist noch massiver öf-

fentlicher Diskussionsbedarf gegeben. Für Österreich bedeutet dies viel Anstrengung auf allen Seiten, dass dieses Geld auch wirklich sinnvoll ausgegeben werden wird. Ich glaube zwar, dass die Mittel 2004 noch einmal unter die 0,35% sinken werden. Aber bis 2006 muß Österreich die 0,33% erreichen, sonst sind auf EU-Ebene die 0,39% nicht zu schaffen.

Ich finde es spannend zu sehen, wie es jetzt konkret weitergeht. Die Nationalratswahlen nächstes Jahr – und damit die Entscheidung, wer Österreich die nächsten vier Jahre regiert – wird sicherlich auch was die EZA betrifft, entscheidend sein. Aber auch die jetzige Regierung hat sich auf EU-Ebene verbindlich dazu verpflichtet. Das ist nicht wie auf der UNO-Ebene, wo man sich ja immer auf die Unverbindlichkeit der Vereinbarungen berufen kann. Da werden die anderen EU-Mitgliedsländer darauf schauen, dass Österreich da nicht wieder ausschert, und das ist zumindest einen Fortschritt.“